VAdM–Kurier

14. Ausgabe: September 2020
Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e.V.

Herzlich willkommen zur 14. Ausgabe unseres „VAdM-Kuriers“ im September 2020

Inhalt:

Editorial	Seite 1
Petition der deutschen Heimatvertriebenen	Seite 2
Weltwirtschaftskrise 1929: Donauländer (Teil 3)	Seite 4
Leseprobe: Reiner Osbild (Teil 2)	Seite 4
Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Eine historische Einordnung	Seite 6
Die Wolgadeutschen 1920 (Teil 5)	Seite 7
Klartext: Die Botschaft vom Leuchtturm	Seite 8
Ein Mahnmal für die Landeseinheit Tirols	Seite 8
Unterstützungserklärung Petition	Seite 9
Verschiedenes/Hoh(l)spiegel	
Impressum	Seite 10

editorial

Die ‚Charta der deutschen Heimatvertriebenen‘ war fünf Jahre nach den Schlachten des Zweiten Weltkriegs ein *einmaliges* Dokument des Friedens und der Verständigung sowie der Vision eines gemeinsamen Europas: Sie „werden durch harte unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas“. Die Charta stellte entsprechend ein „Aktionsprogramm“ (Alfred de Zayas) der Heimatvertriebenen dar: Dieses Dokument, das sie selbst als ihr *Grundgesetz* ansahen, sei die notwendige Voraussetzung zur Schaffung eines freien geeinten Europas. Und mit harter unermüdlicher Arbeit gingen die Heimatvertriebenen zu Werke, sahen hiermit die Voraussetzungen einer gelungenen Integration in die bundesrepublikanische und europäische Gesellschaft. Jahrzehnte zahlten die Vertriebenen Beiträge in die deutsche Rentenkasse ein; umso unverständlicher ist es, daß die späteren Aussiedler gemäß dem Fremdrentengesetz nach wie vor erhebliche finanzielle Einbußen erleiden.

Vadim Derksen *Herbert Karl*

Petition der deutschen Heimatvertriebenen

An das
Europäische Parlament – Petitionsausschuss
B-1047 Brüssel, Rue Wiertz 60

An den
Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages
D-11011 Berlin, Platz der Republik 1

An den
Petitionsausschuss des Österreichischen Nationalrates
A-1017 Wien, Dr. Karl Renner Ring 3

Wien, Sersheim, Wels, am 5. August 2020

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ), vertreten durch den Präsidenten Ing. Norbert Kapeller, Wien, sowie die Herren Dipl.-Ing. Oswald Hartmann, Herausgeber des „Donautal Magazins" (DM) in Sersheim, Bundesrepublik Deutschland und Josef Springer, Redakteur der Seiten „India in Vergangenheit und Zukunft" im DM, Wels, Österreich, nehmen den 70. Jahrestag der Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen durch die Vertreter und Sprecher aller deutschen Heimatvertriebenen am 5. August 1950 in Bad Cannstadt zum Anlass, den oben angeführten Parlamenten die beigefügte Petition zu übermitteln.

Für den demokratischen Fortbestand und die Weiterentwicklung der Europäischen Union (EU) ist es unserer Meinung nach unabdingbar, dass eine Ergänzung der allgemeinen Menschenrechte für das Zusammenleben der europäischen Völker endlich beschlossen wird. Eine demokratische Union der europäischen Staaten erlaubt eine breite Palette verschiedener politischer Weltanschauungen und die Auslegung allgemeingültiger Rechtsnormen wie sie zwischen den Völkern anzuwenden sind. Dieser sind aber naturgemäß enge Grenzen gesetzt. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten wird von einzelnen Staaten der EU Solidarität gefordert. Aber eine solidarische Staatengemeinschaft kann nur dann entstehen, wenn alle Probleme zwischen einzelnen Völkern oder Volksgruppen im Geiste der Fairness ausgeräumt werden. Bisher hat dazu der Wille gefehlt. Es ist höchste Zeit, dass alle aus dem II. Weltkrieg ungelöst gebliebenen Probleme, die zwischen den einzelnen Völkern noch immer bestehen, endlich beseitigt werden. Die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich haben sich mehrfach zur Mitschuld eines Teiles der Bevölkerung an den Gräueln des II. Weltkrieges bekannt.

Einzelne europäische Staaten, die bereits Mitglied in der EU sind, sowie Staaten, die der Europäischen Union beitreten möchten, sind diesem Beispiel noch nicht gefolgt. Wir möchten mit dieser Petition den Anstoß dazu geben, dass alle verantwortlichen Volksvertreter aus diesen Staaten das Unrecht, das an den rund zwölf Millionen Deutschen begangen wurde, endlich anerkennen und sich im Namen ihrer Völker für dieses Unrecht entschuldigen und sich zum Schadensausgleich bekennen.

Wir anerkennen die Schuld aller deutschen heimatvertriebenen Frauen und Männer, die vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg als Zivilpersonen oder als Teile der deutschen Wehrmacht im Verlaufe dieser Ereignisse Verbrechen begangen haben. Dagegen wurde bisher noch von keiner offiziellen Stelle der oben genannten Staaten eine Erklärung mit ähnlichem Inhalt über ihr eigenes Verhalten während dieser Zeit abgegeben. Nach diesen Erklärungen und im Sinne der allseits anerkannten Rechtsnormen sind alle übrigen Personen daher unschuldig. Dieser Rechtsstandpunkt sollte ab sofort im täglichen Sprachgebrauch auf alle Betroffenen und auch die unbeteiligten Menschen in allen europäischen Staaten angewendet werden, wenigstens in jenen Staaten, die Mitglieder der Europäischen Union sind. Das beinhaltet eine klare Absage an jegliche Form der Kollektivschuld.
Als Folge dieses Standpunktes ist es an der Zeit, dass das Unrecht, welches an den deutschen Heimatvertriebenen begangen wurde, von allen Nutznießern in allen betroffenen Staaten, insbesondere von den gewählten Vertretern aus diesen Staaten, endlich öffentlich anerkannt wird. Die Kriegsverbrechen, die an den Deutschen verübt wurden, sind auch Teil ihrer Geschichte.

Daraus ergibt sich die Forderung, dass in allen Staaten, die bereits Mitglieder der EU oder nur Beitrittskandidaten sind, endlich mit den Leidtragenden von damals und deren Nachkommen ein fairer Ausgleich nach den vorhandenen Möglichkeiten durchzuführen ist. Nach ihrer Gründung vor 27 Jahren hat sich die EU zum größten Friedensprojekt aller Zeiten auf europäischem Boden entwickelt. Wenn aus der ursprünglich geplanten Wirtschaftsunion (EWG) nach den Verträgen von Maastricht eine Union der Europäischen Staaten entstehen soll, dann müssen auch die Altlasten, die als Kriegsfolgen noch immer ungelöst sind, endlich einer völkerrechtlichen Lösung zugeführt werden. Doch dazu hat bisher der Wille gefehlt.
Mögen die Damen und Herren Volksvertreter im Europäischen Parlament, dem Deutschen Bundestag und die Abgeordneten zum österreichischen Parlament den Wortlaut und den Geist der

Charta der deutschen Heimatvertriebenen
vom 5. August 1950

Petition der deutschen Heimatvertriebenen

an das Europäische Parlament, den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages und den Petitionsausschuss des Österreichischen Nationalrates

(Siehe Seite 10 ff)

zur Kenntnis nehmen. Mögen die Damen und Herren Abgeordneten aus allen Staaten Europas die rechtlichen Grundlagen dazu schaffen, damit altes Unrecht getilgt und unser gemeinsames Haus Europa auf ein neues demokratisches Fundament gestellt werden kann. Die Vertreter von rund 12 Millionen deutschen Vertriebenen und entrechteten Menschen aus beinahe allen mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten wenden sich darin so knapp nach dem Krieg ohne Rachegedanken dem Aufbau ihrer neuen Heimat und des ganzen Kontinentes Europa zu. Dieses Dokument ist eines der ersten Bekenntnisse zur Einheit Europas in Frieden und Freiheit nach dem II. Weltkrieg. Ein Gutteil der heutigen Transferzahlungen an die ehemaligen Heimatländer der deutschen Vertriebenen ist der Leistung und dem Willen der Heimatvertriebenen von damals, die in Deutschland und Österreich sesshaft geworden sind, zu verdanken.

Das Europäische Parlament, der Deutsche Bundestag und der Österreichische Nationalrat mögen als Ergänzung zu den allgemeingeltenden Menschenrechten sinngemäß als ersten Schritt folgenden Text dieser

PETITION

beschließen:

a)

Die Mitglieder der Europäischen Union (EU) sind angehalten, die aus ihrer Vergangenheit als Folge von Kriegs- und Nachkriegshandlungen noch vorhandenen ungelösten Verstöße gegen die geltenden Menschenrechte anzuerkennen und legislativ zu beheben. Das beinhaltet die Abschaffung der Beneš Dekrete (Legitimation zur straffreien Entrechtung, Enteignung, Vertreibung und Ermordung der Deutschen in der Tschechoslowakei), die in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Tschechoslowakei noch immer zum Rechtsbestand dieser Staaten gehören, des Weiteren die Abschaffung der Bestimmungen des AVNOJ (Antifaschistischer Rat zur Volksbefreiung Jugoslawiens) in allen Staaten, die ehemals zu Jugoslawien gehörten, ferner die Außerkraftsetzung all jener Bestimmungen und Gesetze, die den Staaten Polen, Ungarn und Rumänien als Rechtfertigung für die Vertreibung und Enteignung aller Menschen dienten, die sich in diesen Staaten zu ihrer deutschen Volkszugehörigkeit bekannt hatten. Die Initiatoren dieser Petition wissen aus eigener Erfahrung, dass an erster Stelle eine generelle öffentliche Entschuldigung bei allen Leidtragenden von damals und deren Nachkommen von größter Wichtigkeit wäre.

b)

Die Rehabilitation aller Personen und im Bedarfsfall eine Generalamnestie sollten sodann erfolgen. De facto beinhaltet eine Rehabilitation nach europäischem Recht bereits die Einsetzung in die bürgerlichen Rechte dieses Staates. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, für den verursachten Schaden eine entsprechende Wiedergutmachung zu leisten. In diesen Staaten wurden die Verbrechen, Vertreibungen und Morde von damals im Namen des jeweiligen Volkes verübt. Die Völker wurden dadurch zu Nutznießern dieses Unrechts. Daher schulden sie bis auf den heutigen Tag den Opfern von damals eine angemessene Wiedergutmachung.

c)

Diese Bestrebungen sollten in einem dritten Schritt die Ächtung von Kriegen und die Verurteilung aller Folgehandlungen von Kriegen wie Landnahme, Enteignung von Personen oder Personengruppen, Ermordung von Mitgliedern von Volksgruppen, sowie Vertreibung aus der angestammten Heimat etc. nach sich ziehen. Diese europäische Ergänzung zu den allgemeinen Menschenrechten würde Europa auf eine höhere Stufe des Zusammenlebens auf unserem Kontinent stellen.

Für den Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ),
Präsident Ing. Norbert Kapeller, Steingasse 25, A-1030 Wien, Österreich.
Ing. Norbert Kapeller eh.

Für das Donautal Magazin, Hauptredakteur
Dipl.-Ing. Oswald Hartmann, Postfach 1139, D-74372 Sersheim, Bundesrepublik Deutschland.
Dipl.-Ing. Oswald Hartmann eh.

Josef Springer, Redakteur von „India in Vergangenheit und Zukunft"
Durisolstraße 13/27, A-4600 Wels, Österreich.
Josef Springer eh.

DONAUSCHWABEN

Das Donautal–Magazin

Die weltweite Stimme der Donauschwaben
(Banater Schwaben, Ungarndeutsche, Deutsche aus dem ehemaligen Jugoslawien)
und anderer deutscher Vertriebener und Flüchtlinge
Jahrgang 44 – Nummer 214
vom 1. September 2020
ISSN 0177-0845 Verlagsort Sersheim

Die Unterstützungserklärung für diese PETITION steht auf Seite 9 zum Unterschreiben bereit.

Angesichts der sich aktuell verschärfenden Weltwirtschaftskrise wollen wir einen Rückblick auf die Weltwirtschaftskrise (WWK) 1929 im Osten Europas werfen.

Die Weltwirtschaftskrise 1929 in den Donauländern
Teil 3:

Diese Frage der Deckung des Getreidebedarfs der Industrieländer aus den europäischen Agrarstaaten kam auch vor die Herbstsitzung der Genfer Völkerbundsversammlung: Hier geriet die Meistbegünstigungsklausel „unter Anklage“ (Bariéty, in: Becker S. 367).

Im Laufe des Jahres 1930 besuchte der französische Handelsminister in der Regierung Tardieu, Pierre-Etienne Flandin, die Hauptstädte der Donauländer; er drängte danach in Paris und Genf auf die Errichtung eines Zollpräferenzsystems zwischen den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, deren Wirtschaftsraum durch die Friedensverträge von 1919 zerstört wurden.

Im März 1931 kam es in Rom zu einer Weltkonferenz über Weizenhandel; Frankreich war dabei durch André François-Poncet vertreten, Unterstaatssekretär in einer Regierung Laval (darin war Aristide Briand Außen-, Flandin Finanz- und André Tardieu Landwirtschaftsminister). Diese Konferenz brachte *keinen* Beschluß, denn man zeigte sich als unfähig, zwischen den Anhängern der *Meistbegünstigungsklausel* und denjenigen des *Präferenzsystems* zu entscheiden; es wurde den Parteien allerdings nahegelegt, nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen (Bariéty, in Becker S. 367).

Ebenfalls im März 1931 „platzte die Bombe des deutsch-österreichischen Zollunionsplans“ (Bariéty, in: Becker, S. 367); dieses Zusammentreffen war kein Zufall: Während den angeführten Konferenzen hatte sich die Idee eines Wirtschaftsblocks der Nachfolgestaaten der Donaumonarchie herausgebildet, ein Plan der die Annäherung Österreichs und Ungarns an die Länder der Kleinen Entente erlaubte.

In Berlin „wo man hierin zu Recht oder zu Unrecht ein Unternehmen sah, das Prag von langer Hand mit französischer Billigung vorbereitete“, befürchtete man die Sanierung Österreichs, sah dadurch die deutsch-österreichischen Spezialbeziehungen und die wirtschaftliche Durchdringung Südosteuropas gefährdet. So gesehen war der Zollunionsplan, im Kontext des Frühjahrs 1931, eine *deutsche* Reaktion „zu dem in der Ausarbeitung befindlichen Projekt eines Blocks der Agrarstaaten im Donauraum“ (S. 368).

(Fortsetzung folgt)

Herbert Karl

Reiner Osbild: Fundamentalistische Wirtschaftspolitik, in: Nachdenken *für* Deutschland, 2. Aufl., 2019, S 197ff.

Eine Leseprobe (Teil 2)

„Teil III: Fundamentalismus

Fundamentalismus wird zuvörderst im religiösen Kontext vermutet; allerdings wurde das Konzept bislang noch kaum auf ökonomische Zusammenhang bezogen. Das mag überraschen, ist doch der Marxismus als historisch mächtige Alternative zur Marktwirtschaft durch und durch von einer deterministischen und praktisch fundamentalistischen Sicht der Geschichte gekennzeichnet. Diese wird verstanden als ein von sozialen und wirtschaftlichen Kräften getriebener Prozess, der notwendigerweise in der Befreiung der Arbeiterklasse und ihrer Machtübernahme im sozialistischen oder kommunistischen Staat mündet. Hingegen waren die aufkommenden westlichen Demokratien als Plattform konzipiert, die zum Finden und Umsetzen der besten Lösungen, für welches Problem auch immer, dienen sollten. Solch eine »Offene Gesellschaft« (nach Karl Popper) hat kein endgültiges oder übergeordnetes Ziel. Sie bezieht ihre Legitimation aus der schrittweisen Verbesserung konkreter Dinge.

(Fortsetzung S. 5)

(Fortsetzung von S. 4)

Sicherlich haben viele Probleme und viele Entscheidungen eine ethische Dimension und können nicht rein rational verstanden werden. Nur, was heißt »Ethik«? Der deutsche Soziologe Max Weber unterscheidet streng zwischen *Verantwortungsethik* und der *Gesinnungsethik*. In seiner berühmten Münchner Rede von 1919 »Politik als Beruf« beschrieb er das ganze aus Sicht eines politischen Entscheidungsträgers. Übernimmt er die Verantwortung für sowohl beabsichtigte wie auch nicht beabsichtigte Folgen seines Handelns, so gilt er als *Verantwortungsethiker*. Wenn er aber getreu einer dominanten Regel- und Werteskala handelt, ohne die unbeabsichtigten Folgen seines Tuns zu verantworten, dann ist er in der Weber'schen Terminologie ein *Gesinnungsethiker*.

Somit definieren wir im Folgenden die fundamentalistische Wirtschaftspolitik . . .

(1) Auf der Ebene der Ziele ist es die Definition eines Zieles, einer Handlung oder einer Haltung als nicht verhandelbar, gut, notwendig, *»alternativlos«* (ein Wort, das Merkel inmitten der Eurokrise benutzte und das suggerieren sollte, es gebe keine Alternative zur Rettung Griechenlands).

(2) Nicht-Beachtung von Interessenskonflikten, weder mit anderen Zielen, noch mit anderen Werten. Auch der Bruch geltenden Rechts fällt darunter.

(3) Auf der Ebene der Instrumente: Nicht-Beachtung der direkten und indirekten Kosten sowie der Opportunitätskosten, die in Kauf genommen werden, um dieses große und einmalige Ziel zu erreichen. Oft werden alternative Lösungen für ein Problem gar nicht erst durchgerechnet.

(4) Auf der Ebene der Akteure: Hoher Stellenwert der Verantwortlichkeit des eignen Landes, dessen Bewohner zu einer Art unbedingter und unbegrenzter Solidarität aufgerufen werden. Andere Akteure, etwa EU, IWF, oder UN werden als Lösungsträger nur halbherzig ins Kalkül gezogen . . .

Der ehemalige deutsche Verfassungsrichter Paul Kirchhof kritisierte . . . , dass die Instabilität des Rechts schlimmer sei als die der Kapitalmärkte. Er erinnerte daran, dass auch die Regierung *unter* dem Recht stünde, nicht darüber. Oder wie es der frühere Papst Benedikt XVI. vor dem Bundestag formulierte »Nimm das Recht weg – was ist dann der Staat noch anderes als eine große Räuberbande«.

Die Rolle der Europäischen Zentralbank hat sich ebenfalls verändert. Satzungsgemäß ist sie für Preisniveaustabilität zuständig. Heute allerding ist sie die letzte Zuflucht für Schuldner, eine »Bad Bank«, die alle möglichen Schrottpapiere aus der Eurozone aufkauft. Die Interessen der Sparer, die Allokationsfunktion des Zinses, und die Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft werden auf dem Altar des Hier und Heute geopfert . . ."

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Eine historische Einordnung

Unter dem Titel: „Die Charta von Stuttgart und der Ruf von Wiesbaden“ brachte die *Sudetenpost* vom 6. August 2020 einen fundierten Beitrag, der u. a. die seinerzeitigen politischen Rahmenbedingungen durchleuchtet.
Während die ‚Charta der deutschen Heimatvertriebenen‘ unter den Landsmannschaften hinlänglich bekannt sein dürfte, sind die politischen Begleitumstände heute sicherlich – auch durch die von liberal-sozialistischer Seite immer wieder entzündeten Petarden von politischen Nebelkerzen – nebulös. Diese notorische Gegnerschaft der politisch sich als liberal und progressiv gebenden Opposition war es auch zu verdanken, daß der 5. August nicht „zu einem eigenständigen Gedenktag an Flucht und Vertreibung“ gemacht wurde.
Fünf Jahre nach Kriegsende war die Charta eine historisch *einmalige* Handreichung an die Vertreiberstaaten und deren Repräsentanten: Wie weitsichtig die Väter der Charta waren, zeigte sich, daß diese visionär schon für »die Schaffung eines geeinten Europa« eintraten.
Die Mehrzahl der Vertriebenen wohnte seinerzeit entwurzelt der Heimat noch in Notquartieren in einem vom Bomberkrieg zerstörten Land. Im *August-Kurier* wurde schon darauf hingewiesen, daß die Vertreibung auch mit dem alliierten Ziel geplant wurde, um Deutschland durch innere Unruhen langfristig zu schwächen.
In seinem Leitartikel „Klartext: Das höchste Maß an Brutalität“ in der erwähnten Ausgabe der *Sudetenpost* verwies Gernot Facius auf die Tatsache, daß die unter alliierter Kontrolle herausgegebenen *Salzburger Nachrichten* vom 6. Juli 1945 den geschäftsführenden Außenminister der Tschechei, Vlado Clementis, mit den Worten: „Keine Minderheit in der ČSR“ zitierten; der slowakischen Kommunist

> *„gab bekannt, dass bis zu zweieinhalb Millionen Deutsche und 600 000 Ungarn im Laufe der nächsten 18 Monate »ausgesiedelt« werden sollen. Seine Begründung: Das Minderheitenprinzip habe sich als eine schlechte Lösung des tschechoslowakischen Problems erwiesen. Damit* ***wurde das spätere Ergebnis von Potsdam*** *quasi vorweggenommen . . . Die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat in Böhmen, Mähren und Schlesien, aber auch aus anderen Siedlungsgebieten im Osten und Südosten wurde von den Weltkriegssiegern als unabwendbare Tatsache angesehen, lange bevor sie sich zu Dritt an den Konferenztisch setzten“ (Gernot Facius).*

Die Briten erlagen bereits 1942 den „Einflüsterungen“ Eduard Beneš‘, der die Vertreibung der Deutschen anregte.

> *„Winston Churchill befahl dann in seiner berüchtigten Unterhaus-Rede im Dezember 1944 »reinen Tisch« zu machen: »A clean sweep will be made«. Vertreibung sei »das befriedigendste und dauerhafteste Mittel« zum Frieden“ (Gernot Facius).*

Zurück zur Charta: weniger bekannt ist, daß einen Tag *vor* deren Verabschiedung – am 4. August 1950 – sich in Wiesbaden General Lev Prchala, der Vertreter der demokratischen tschechischen Emigration, Rudolf Lodgman von Auen von der Sudetendeutschen Landsmannschaft, und die Bundestagsabgeordneten Richard Reitzner (SPD) und Hans Schütz (CSU) das »Wiesbadener Abkommen« unterschrieben: „Beide Seiten wandten sich darin gegen jegliche Kollektivschuld- und Rachegedanken“. Prag reagierte äußerst heftig; dies beeindruckte den General im Exil nicht, auch wenn von Seiten der tschechischen Katholiken auf ihn stürmischer Druck ausgeübt wurde. „Er fühlte sich verpflichtet,

> *»die Sünden, die mein Volk gegenüber dem Nachbarvolk begangen hat, nicht nur zu bekennen, ich möchte mich bei meinen sudetendeutschen Freunden dafür entschuldigen, besonders für das Unrecht, das wir Tschechen ihnen angetan haben.«“ (Sudetenpost)*

In Königstein bekannte sich Prchala 1951 dazu, „jedem Menschen das Recht auf seine Heimat anzuerkennen“ (ebd.).
Dieses letzte Zitat kann man unkommentiert stehen lassen . . .

Herbert Karl

Sudetenpost

Österreichische Post AG
MZ 02Z030477M
Sudetendeutscher Presseverein
Narzissenweg 5, 4210 Gallneukirchen

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 8 Linz, am 6. August 2020 66. Jahrgang

Erinnern

Die Wolgadeutschen 1920: Zwischen vermeintlicher Autonomie und Hungersnöten
Teil 5

Der geschickte Verhandlungsführer Trotzki „wollte von einem Anspruch der »Germanen« als Schutzmacht ihrer zwei Millionen Brüder und Schwestern nichts wissen“ *(Dalos, S. 90f.).* Ein Zusatzvertrag nahm sich der *Zivilisten* an:
„Die zur Rückwanderung berechtigten Personen (. . .) sollen auf Antrag die Entlassung aus ihrem bisherigen Staatsverband erhalten. Auch soll ihr schriftlicher oder mündlicher Verkehr mit den diplomatischen und konsularischen Vertretern des Stammlandes in keiner Weise behindert oder erschwert werden“ *(Art. 21 und 22 des Friedensvertrages).*

> *„(. . .) Die Rückwanderer (. . .) sollen durch Ausübung des Rückwanderungsrechts keinerlei vermögensrechtliche Nachteile erleiden. Sie sollen befugt sein, ihr Vermögen zu liquidieren und den Erlös sowie ihre sonstige bewegliche Habe mitzunehmen; ferner dürfen sie ihre Pachtverträge unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen, ohne dass der Verpächter wegen vorzeitiger Auflösung des Pachtvertrages Schadensersatzansprüche geltend machen kann“ (Dalos, S. 91).*

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ermöglichte die Arbeit einer *deutschen Kommission*, die sich um die Rückwanderung ins Deutsche Reich kümmern sollte. Deren Mandat sollte sich ausschließlich auf Einzelpersonen und Familien, die Rußland auf dem schnellsten Wege verlassen wollten oder mußten, beschränken. Es waren vorwiegend „Menschen, die um ihr Vermögen bangten oder die Befürchtung hegten, von den neunen Machthabern als »Burschuj«, als Angehörige der Bourgeoisie, abgestempelt und auch so behandelt zu werden“. Unter anderen traf der Mühlenkönig Friedrich Schmidt aus Saratow schon bald in Berlin ein.
Für die Verbliebenen war dieser Aderlaß von Unternehmer und Vermögen ein nicht mehr gut zu machender Verlust. Unter den Rückwanderern befand sich auch Pastor Johannes Schleuning, der bereits in der Zarenzeit deportiert worden war, weil er sich gegen die antideutsche Kampagne zur Wehr gesetzt hatte; der Saratower Sowjet hatte bereits seine *Volkszeitung* verboten.
Aus der nach dem Friedensvertrag besetzten Teil der Ukraine verließen 120 000 Deutsche das Land, allerdings fand die Hälfte davon eine neue Heimat in Nord- und Südamerika *(Dalos, S. 304, Anm. 14).*

(Fortsetzung folgt)

Herbert Karl

Ein Mahnmal für die Landeseinheit – am Mittelpunkt Tirols

Das Tiroler Schützenwesen blickt auf Jahrhunderte einer stolzen Tradition der Landesverteidigung zurück, die 1918 mit dem Zerfall der Monarchie und der Zerreißung des Landes Tirol tragisch endete.

(http://suedtirol-info.at/)

Klartext: Die Botschaft vom Leuchtturm

von Gernot Facius

Endlich, na endlich! Darauf haben viele Landsleute lange gewartet. Noch in diesem Jahr soll - die Betonung liegt auf dem Wörtchen soll – in München das Sudetendeutsche Museum seine Pforten öffnen. Die bayerische Staatsregierung spricht von einem „Leuchtturmprojekt“. Ein großes, möglicherweise zu großes Wort. Andere, auch kleinere, Landsmannschaften haben nämlich bereits ihr Museum; die Vertriebenen aus Böhmen, Mähren und Sudeten-Schlesien sind im wahrsten Sinn des Wortes „Spätkommer“. Nun darf man gespannt auf die Botschaft sein, die von dem Projekt ausgeht, über das seit etwa zwei Jahrzehnten viel geredet und geschrieben worden ist.

Die Planer sehen in ihm ein wichtiges Hoffnungszeichen für das deutsch-tschechische Verhältnis. Die CSU-Postille „Bayernkurier“ titelte einst begeistert: „Ein Museum für die Freundschaft“. Die Frage ist nur: Wie werden in diesem Kontext Freundschaft und Hoffnung definiert? Es ist fürwahr kein Geheimnis mehr, dass sich bei vielen, vor allem älteren Landsleuten ein ungutes Gefühl einstellt: Soll das zig-Millionen teure Projekt den endgültigen Abschied von einem Offenhalten der sudetendeutschen Problematik einläuten? Etwa nach dem Motto: Die haben jetzt ihr Museum, nun sollen sie doch endlich Ruhe geben und nichts mehr einfordern, was die neue bayerisch-tschechische Freundschaft belastet, und sie sollen auch nicht länger lautstark die Fortexistenz der menschenrechtswidrigen Beneš-Dekrete thematisieren!

Sollte das tatsächlich so sein, wäre mit dem so gelobten „Leuchtturm“-Vorhaben noch etwas anderes bezweckt: Es würde zugleich die Grabplatte über die politischen Versuche eines ehrlichen sudetendeutsch-tschechischen Ausgleichs gelegt, der 31 Jahre nach Vaclav Havels samtener Revolution noch immer aussteht, aber weiter der Unterstützung durch das Schirmherrschaftsland Bayern bedarf. Könnte ein Verzicht auf einen solchen Ausgleich überhaupt im Interesse der von der Münchener Politik lautstark beschworenen „Freundschaft“ liegen? Wohl kaum.

Wiederum zeigt es sich: Die Interessen der CSU-geführten bayerischen Staatsregierung und des „vierten bayerischen Stammes“ sind nicht unbedingt deckungsgleich – sie waren es im Übrigen noch nie. Die weiß-blaue amtliche Betonung des „guten bis sehr guten“ bayerisch-tschechischen Verhältnisses muss Sudetendeutsche und andere Heimatvertriebene deshalb argwöhnisch machen. Das alles sollte im großen Gedenkjahr 2020, ein Dreivierteljahrhundert nach dem Beginn der Vertreibungswelle, bei aller Freude über das Museumsprojekt an der Isar nicht unter den Tisch gekehrt werden.

(Dieser Leitartikel erschien in der September-Ausgabe der Sudetenpost)

Bitte die Unterstützungserklärung zurücksenden an:

Dipl.-Ing. Oswald Hartmann

Postfach 1139

D-74372 Sersheim

oder:
E-Mail: Oswald.Hartmann@t-online.de

UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNG

Die vom Präsidenten des Verbandes der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ)
Ing. Norbert Kapeller, Steingasse 25, A-1030 Wien, Österreich,

dem Hauptredakteur der Zeitschrift „Das Donautal-Magazin"
Dipl.-Ing. Oswald Hartmann, Postfach 1139, D-74372 Sersheim, Deutschland

und dem Redakteur der Zeitschrift „Das Donautal-Magazin"
Josef Springer, Durisolstr. 13/27, A-4600 Wels, Österreich

mit dem Datum vom 5. August 2020 am 22. August 2020
- an das Europäische Parlament - Petitionsausschuss
- an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages
(Pet 3-19-05-99999-037471)
- an den Petitionsausschuss des Österreichischen Nationalrates
(GZ. 11010.0110/12-1.1/2020)

eingereichte

Petition der deutschen Heimatvertriebenen

unterstütze ich mit meiner Unterschrift und drücke damit den Wunsch aus, dass entsprechend der Petition entschieden wird.

Vor- und Nachname . . . . . .

Straße, Hausnummer . . . . . .

Postleitzahl, Ort . . . . . .

Datum . . . . . Unterschrift . . . . . .

(Die Daten dieser Unterstützungserklärung werden nur dem Petitionszweck entsprechend behandelt. Eine Unterschrift führt zu keinerlei Verbindlichkeiten, es wird kein Vertrag o. ä. eingegangen, die Daten werden nicht zur weiteren Kontaktaufnahme o.ä. verwendet.)

PREUSSEN KURIER

HEIMATNACHRICHTEN FÜR OST- UND WESTPREUSSEN IN BAYERN

Ausgabe 2 / 2020 – 11. Jahrgang

Denkmäler zweier berühmter Astronomen aus West- und Ostpreußen: links Johannes Hevelius (1611-1687) in Danzig, rechts Nikolaus Kopernikus (1473-1543) in Allenstein (Fotos: Joachim Scheuring [li.], Sonja Wirsing [re.])

Liebe Landsleute, liebe Leser,

heute halten Sie die zweite unserer drei diesjährigen Jubiläumsausgaben in den Händen, und wir hoffen und wünschen, daß wir Ihnen damit in diesem so „ost-/westpreußen-abstinenten" Jahr ein bißchen die krisenbedingt verhaßte Reisemöglichkeit ersetzen können! Zu danken haben wir zunächst unserem Freund und Gönner **Josef Zellmeier MdL**, der uns ein freundliches Grußwort übermittelt hat, sowie aus demselben Grund dem Chefredakteur und Herausgeber der BUDAPESTER ZEITUNG, **Jan Mainka**, für seinen Gastkommentar auf Seite 20. Über höchst aktuelle Interna aus der Königsberger Bernsteinproduktion und andere Neuigkeiten um das Königsberger Gebiet berichtet **Thomas W. Wyrwoll**, und mangels Reisegelegenheiten hat **Maik Bialek** einen wunderschönen Bildbericht seiner Silvesterreise nach Thorn beigesteuert; es folgt die Fortsetzung und der Schluß von **Helmut Roewers** Betrachtung des deutsch-polnischen Verhältnisses; **Jörn Pekrul** beschreibt das Leben des Königsberger Architekten Friedrich Heitmann, und in der Reihe „Deutsche in der Heimat" stellen wir den in Hennichshöfen (Gde. Sorquitten) tätigen Spitzenkoch **Hans-Jürgen Herbrand** vor. Mit einer Buchbesprechung des zweiten Bandes von „Ostpreußen und seine Verkehrswege" von **Jörg Petzold und Gerhard Greß** beschließen wir dieses Heft und hoffen, daß Sie es wieder gerne genießen! Dies jedenfalls wünschen Ihnen ihr

Christoph M. Stabe, Landesvorsitzender *Rainer Claaßen, stellvertretender Landesvorsitzender*

Lesenswert und bemerkenswert!

In seinen letzten beiden Ausgaben von 2020 brachte der *Preussen-Kurier* (s.o.) die Trilogie **„Manfred & Marek. Aspekte der schwierigen Nachbarschaft von Deutschen und Polen"** von Helmut Roewer

VAdM: Nachrichten und Vermischtes

Pressemeldung:

Chinesisches Miltär in Namibia

Die deutschsprachige ***Allgemeine Zeitung Namibia*** berichtet:

11 September 2020 | Politik

Peter Vilho in Erklärungsnot

Windhoek (bw) - Im Parlament hat eine Frage der Opposition ob rund 3500 chinesische Soldaten und ihre militärische Ausrüstung sich in der Gegend von Swakopmund oder Walvis Bay aufhalten, den Verteidigungsminister Peter Vilho am Donnerstag in Erklärungsnot gebracht. Der LPM-Abgeordnete Henny Seibeb stellte die mündliche Frage und mündliche Fragen müssen sofort beantwortet werden. Minister Vilho ging sofort in die Defensive und antwortete, alle relevanten Dinge, die das Militär und Namibias Verteidigung betreffen, seien dem Parlament vorgelegt worden. „Alles andere ist vertraulich", konterte Vilho mit einem ärgerlichen Blick in Richtung Seibeb. Dieser zeigte sich, unterstützt von seinem Parteigenossen Bernadus Swartbooi, unzufrieden mit der Antwort. Der Parlamentspräsident musste schlichten.

https://www.az.com.na/nachrichten/peter-vilho-in-erklrungsnot-2020-09-11/

HOH(L)SPIEGEL:

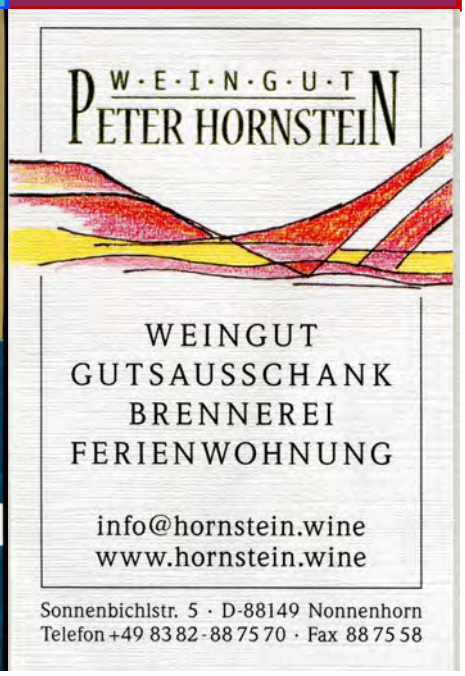
C. S. aus Breslau: schrieb auf unserer fb-Seite: „Man soll endlich an Zukunft denken..... deutsche Schulen und Kitas in ganz Oberschlesien sind erforderlich"

Bildnachweis:

Bilder Seit 1 und 10: Schenna in Südtirol. Alle Bilder und Graphiken stammen aus Privatsammlungen oder offiziellen AfD-Seiten. HK

Buchempfehlung

Weinempfehlung



Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de